

Löhne in der Elektroindustrie steigen: 2,75 % mehr für 60.000 Arbeiter!

Am 6. Juni 2025 erhöht sich der Kollektivvertrag in der Elektro- und Elektronikindustrie um 2,75 % mit neuen flexiblen Regelungen.



Schwechat, Österreich - Die Elektro- und Elektronikindustrie hat nach intensiven Verhandlungen einen neuen Kollektivvertrag abgeschlossen, der eine Erhöhung der Ist-Löhne und -Gehälter um 2,75 % rückwirkend zum 1. Mai 2025 vorsieht. Diese Einigung betrifft über 60.000 Beschäftigte in der Branche, wie **OTS** berichtet.

Zusätzlich steigen die KV-Löhne und -Gehälter um 3,00 %. Ein Deckel von 115 Euro sorgt für eine durchschnittliche Erhöhung von 2,15 %. Lehrlinge profitieren ebenfalls von einem Plus von 3,00 %. Die Erhöhungen in den Zulagen für die zweite und dritte Schicht betragen ebenfalls 3,00 %.

Flexibilität durch Rezessionsklausel

Die Verhandlungspartner haben eine Rezessionsklausel vereinbart, die es stark betroffenen Unternehmen ermöglicht, die direkte Belastung auf 50 % der Ist-Erhöhung zu reduzieren. Die verbleibenden 50 % können entweder als Einmalzahlung über einen Zeitraum von drei Jahren oder als Freizeit abgegolten werden. Um die Flexibilität in den Unternehmen zu erhöhen, wurde die Freizeitoption um weitere fünf Jahre verlängert. Diese Aspekte sind entscheidend für die Anpassungsfähigkeit der Betriebe in einem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld.

Der Kollektivvertrag wurde für ein Jahr abgeschlossen. Der Anstieg des Kilometergeldes auf 0,50 Euro, ab 15.000 zurückgelegten Kilometern, ist eine weitere positive Neuerung für die Beschäftigten.

Konflikt um Lohn- und Gehaltserhöhungen

Der Weg zu dieser Einigung war jedoch nicht einfach. Bereits am 30. April 2025 wurden die dritten Kollektivvertragsverhandlungen ohne Ergebnis unterbrochen. Die Gewerkschaften GPA und PRO-GE kritisierten das damalige Arbeitgeberangebot, das lediglich eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 1 % vorsah. Diese Zahl wurde als respektlos empfunden, insbesondere angesichts einer relevanten Inflationsrate von 2,76 Prozent.

Karl Dürtscher, Chefverhandler der Gewerkschaft GPA, stellte klar, dass kein Teuerungsausgleich angeboten wurde. In Anbetracht dieser Umstände ließ die Betriebsrät:innen-Konferenz am 7. Mai in Schwechat keine Rückschlüsse auf eine Einigung zu, und gewerkschaftliche Maßnahmen blieben nicht ausgeschlossen. Zuvor hatten die Gewerkschaften faire Erhöhungen gefordert, die die Inflation berücksichtigen. Weitere Forderungen umfassten höhere Schichtzulagen und eine leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche, ebenso wie die Absicherung der Freizeitoption.

Die neue Einigung bringt Hoffnungen auf eine Verbesserung der Einkommenssituation für viele Beschäftigte, nachdem turbulenteren Verhandlungen hinter ihnen liegen. Eine Bestärkung der Arbeitnehmerrechte und -anforderungen scheint notwendig zu sein, um sich in einem sich stetig verändernden Arbeitsumfeld zurechtzufinden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Schwechat, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.feei.at• www.gpa.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at